

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGM. I. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom ..
..... beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde ..
durch den Freiplaceholders JNG BÜRO ZIMMER

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

SIEHE PLAN

1 Geltungsbereich

2 Art der baulichen Nutzung

2.1 Baugebiet

2.1.1 zulässige Anlagen

2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.2 Baugebiet

2.2.1 zulässige Anlagen

2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.3 Baugebiet

2.3.1 zulässige Anlagen

2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

3 Maß der baulichen Nutzung

3.1 Zahl der Vollgeschosse

3.2 Grundflächensahl

3.3 Geschosflächenzahl

3.4 Baumassenzahl

3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen

4 Bauweise

5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

6 Stellung der baulichen Anlagen

7 Mindestgröße der Baugrundstücke

8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von Oberkante Straßenebene Mitte Haus bis OK Erdgeschossfußboden)

9 Fläche für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken

10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken

11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf

12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen

13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatswirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende stadtbauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.

14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung

15 Verkehrsflächen

16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen

17 Versorgungsflächen

18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen

19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen

20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Bauerlebnisgarten, Sport-, Spiel-, Zucht- und Reizepisteln, Grünhöfe

21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen

22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft

23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsstrahlers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen

24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen

25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.

26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung

27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern.

ALL GEMEINES WOHNGEBIET

WA BNVO § 4

SIEHE BNVO § 4 ABS. 3

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

OFFEN

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

ENTFÄLLT

FESTSETZUNG IM EINZELFALL NACH STRASSENPROJEKT

INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

SIEHE PLAN GESAMTER GELTUNGSBEREICH

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

SIEHE PLAN

LAUT STRASSENPROJEKT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

SIEHE PLAN

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

SIEHE PLAN (ABSCHIRMUNG ZUM SOS KINDERDORF)

ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN -SATZUNG-

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG. in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. S. 293).

ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG. in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. S. 293).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind

ENTFÄLLT

2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind

ENTFÄLLT

3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht

ENTFÄLLT

4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

ENTFÄLLT

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 2 Abs. 4 BBauG.

1 ENTFÄLLT

2

Planzeichen-Erklärung

- WR Bestehende Gebäude
WA Geplante Gebäude
MI Bestehende und geplante Straßen
WR Reine Wohngebiete
WA Allgemeine Wohngebiete
MI Mischgebiete
Bestehende Grundstücksgrenzen
Geplante Grundstücksgrenzen
Baulinie
Baugrenze
Wasserleitung
Kanalleitung
Geschosßzahl, I - steigend, II - Höchstgrenze
GRZ/GFZ Grundflächensahl, Geschosßflächenzahl

- Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf
Kindergarten
Kirche
Schule
Verw. Gebäude
Grünflächen
Gärten u. Vorgärten
Spielplatz
Verkehrsflächen
Öffentl. Parkflächen
Flächen f. Versorgungsanlagen
Umformstation
Flächen für die Landwirtschaft u.
Forstwirtschaft mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (Wassersf., Kanall. Hochap.)

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG. ausgelegt von 21.10.1974 bis zum 22.11.1974
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG. als Satzung von Gemeinderat am 24.2.1975 beschlossen.



SAARLAND

Der Minister

für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen



MERZIG

19.5.1975

Der Bürgermeister

IV.

1. BEIGEORDNETER

28. MAI 1975

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen

16-53176/75-124/90

6. JUNI 1975

ortsüblich bekanntgemacht.

MERZIG

18.6.1975

Der Bürgermeister

INGENIEURBÜRO
6641 HILBRINGEN

ERNST ZIMMER

IM SEITERT

BERATENDER INGENIEUR BDB
TELEFON: (0 68 61) 29 85 / 86

Projekt

„SEITERT – ERWEITERUNG“

Gez.:

Ch. Rödel

Projekt Nr.:

Dat.:

Nov. 73

Bauherr

GEMEINDE HILBRINGEN

Gepr.:

Blatt Nr.:

Dat.:

Bauteil

BEBAUUNGSPLAN

Verfasser:

Opth

Maßstab:

1:1000